



PROF. REINT E. GROPP
Präsident Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

„Der Mittelstand muss gleichbehandelt werden“

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle steht für die Verknüpfung aus unabhängiger wissenschaftlicher Forschung, der Begleitung und Analyse der wirtschaftlichen Situation in Deutschland und der Beratung für Politik, Wirtschaft und Unternehmen. Mit Professor Reint E. Gropp an der Spitze hat sich das Institut zu einer der wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Denkfabriken in Deutschland entwickelt.

Prof. Dr. Jo Groebel: Herr Professor Gropp, als Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg sowie als Associate Fellow des Centre for Economic Policy Research – dies alles neben vielen Beratungsmandaten auf höchster Ebene – gehören Sie zu den führenden Denkern für die großen Fragen der deutschen und internationalen Wirtschaft. Können Sie uns zunächst etwas zur Mission und zur Zusammensetzung Ihres Instituts sagen.

Prof. Reint E. Gropp: Wir widmen uns unabhängiger Forschung zu gesellschaftlich relevanten wirtschaftlichen Fragen und wollen für bessere ökonomische Entscheidungen Fakten und empirische Ergebnisse bieten. Schwerpunkte sind Wachstum und Produktivität und unsere Überzeugung, dass wirtschaftlicher Wohlstand Menschen ein erfüllteres Leben ermöglicht. Wir fördern junge Talente und scheuen auch unbequeme Wahrheiten für Politik und Öffentlichkeit nicht. Dies bewerkstelligen wir am 1992 gegründeten Institut in der privaten Rechtsform eines eingetragenen Vereins mit über hundert Mitarbeitern aus rund zwanzig Nationen, organisiert in neunzehn Forschungsgruppen. Finanziert werden wir mit einem Budget von rund zehn Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln – in der institutionellen Förderung aus der Leibniz Gemeinschaft zu je 50 Prozent von Bund und Ländern – sowie aus Drittmitteln, unter anderem von EU und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Ihr Institut wurde gezielt in einem der östlichen Bundesländer etabliert. Zunächst hat die Lage nichts mit Ost-West-Unterschieden zu tun. Dennoch die Frage, ob die Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands immer noch so eklatant sind?

Dazu eine einfache Statistik: Das reichste, gemessen am Pro-Kopf Einkommen der östlichen Bundesländer ist immer noch ärmer als das ärmste der westdeutschen. Zugleich sind die Unterschiede zwischen den Ländern im Westen viel größer als denen im Osten. Zahlenmäßig können wir zudem klar belegen, dass die häufig behauptete große Diskrepanz zwischen Nord und Süd zwar für die westlichen Bundesländer zutrifft, aber der Unterschied zwischen Ost und West ungleich größer ist.

Wie kommt das?

In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung kam es zu vergleichsweise schnellen wirtschaftlichen Angleichungen. Allerdings ist dieser Prozess seit dem Ende der 90er Jahre ins Stocken geraten und geht nur noch in Trippelschritten voran. Ostdeutschland ist bei rund 80 Prozent des Westniveaus stecken geblieben. Außerdem sehen wir den immer noch großen Einfluss verschiedener Mentalitäten, verursacht durch die Wende und mehr als 40 Jahre Planwirtschaft, die sich über mehrere Generationen hinweg vererben. Dazu gehört höhere Risikoangst, aber auch der sogenannte Braindrain. Viele Hochqualifizierte gingen von Ost nach West, um hier zum Beispiel schneller Karriere durch ein von vornherein günstigeres Umfeld zu machen. Verkürzt formuliert profitierten die westlichen Bundesländer davon, die östlichen hatten in Teilen das Nachsehen. Die Folgen sind immer noch festzustellen.

Sie befassen sich am Institut insgesamt mit vier großen Themenbereichen, nennen Sie diese und dabei ebenso Ihren eigenen besonderen Schwerpunkt.

Im Kern geht es darum, wie wir Ressourcen wie Kapital und Arbeit möglichst effizient einsetzen können, sodass die Produktivität der Wirtschaft und damit das pro Kopf Einkommen möglichst schnell wachsen können. Jeder Euro kann unproduktiv oder produktiv sein, je nachdem, wo er investiert wurde, daher steht Finanzforschung für uns ganz oben. Ebenso kann ein Mensch in seinem Job produktiv oder unproduktiv sein, daher betreiben wir Forschung zu Arbeitsmärkten. Und Wachstum ist eine makroökonomische Frage, daher haben wir eine Makroabteilung. Schließlich interagieren Arbeits- und Finanzmärkte sehr stark, dazu haben wir eine Abteilung Laws, Regulation and Factor Markets, die sich mit der Interaktion von Finanz- und Arbeitsmärkten beschäftigt.

Ihre Erkenntnisse basieren auf einem großen Spektrum empirischer Methoden und der Auswertung konkreter Daten.

Ganz recht. Dabei sind wir vor allem an Kausalanalysen interessiert, die wir mit dem entsprechenden Auswertungsinstrumentarium auf Basis neuer ökonometrischer Methoden ziemlich zuverlässig vornehmen können. So können wir manchmal lieb gewonnene Annah-

men über vermeintliche Zusammenhänge falsifizieren, dafür neue bislang unbekannte Kausalketten identifizieren.

Antworten darauf sind für politische Entscheidungen äußerst wichtig. Allerdings fühlt man sich besonders beim deutschen Mittelstand trotz seiner auch messbar unverzichtbaren Rolle für die deutsche Volkswirtschaft, vorsichtig formuliert, nur noch begrenzt politisch unterstützt.

Ich möchte kurz den Mittelstand definieren, vielleicht aus einem ungewöhnlichen Blickwinkel: In den USA strebt eine erfolgreiche Firma schnelles Wachstum möglichst in Richtung Großunternehmen an. Oder sie verschwindet. Hier setzt man auf Solidität, Konsolidierung, jedenfalls nicht ein Wachstum um jeden Preis. Das ist eine Stärke, das schafft Nachhaltigkeit, sozial, bezüglich der Arbeitskräfte, aber vielleicht auch eine Schwäche, weil so keine neuen großen Unternehmen entstehen. Bei den Mittelständlern ist dabei die Weitergabe von gewachsenen und zuverlässigen Firmenstrukturen und -kulturen von einer Generation zur nächsten besonders wichtig.

Korrespondierend mit einem mittelständischen Handlungsethos.

Und verbunden mit einer viel höheren Krisenresilienz. Hier hält man auch bei Einbrüchen wie Corona erst einmal die Mitarbeiter. In den USA entlässt man sie recht schnell und muss dann später relativ teuer neu anlernen.

Jüngste Studien sprechen von rund 16 Prozent deutscher Unternehmen, die eine Verlagerung ins Ausland erwägen. Stichworte Überregulierung, Energiekosten, auch mangelnde Infrastruktur in vielen Bereichen wie Digitalisierung oder Logistiknetzwerke. Sehen Sie die Lage aus der Sicht des neutralen Wissenschaftlers ähnlich dramatisch?

Es scheint tatsächlich manchmal so zu sein, dass die Bundesregierung eine in sich schlüssige Strategie vermissen lässt und damit auch eine Priorisierung der Ausgaben. Was ist wichtig, was nicht? Gleichzeitig wird, gerade derzeit, sehr schlecht kommuniziert, so dass vielleicht unnötigerweise Unsicherheit und Frustrationen bei Unternehmen und Haushalten entstehen.

Der Mittelstand wird jedenfalls nicht optimal politisch begleitet. Zugleich fließen aber Milliarden an Subventionen in die Standortunterstützung von multinationalen beziehungsweise US-amerikanischen Konzernen. Sie haben sich kürzlich im Fall Intel massiv dagegen ausgesprochen. Einige politische Akteure haben zunächst äußerst empfindlich, ja regelrecht wütend auf Ihre klaren Aussagen zur Unterstützung ausländischer Großunternehmen reagiert.

Sicherlich sind das durchaus aus Sicht der Politik nachvollziehbare Reflexe. Meine Aufgabe sehe ich darin, auf Schwachstellen von Argumentationen und daraus resultierenden Handlungen erst recht bei solchen Größenordnungen hinzuweisen. Inzwischen haben sich die Wogen auf allen Seiten wieder geglättet. Allerdings denke ich nach wie vor, dass die Argumente für die Subventionen mit solchen Milliardensummen schwach sind und in einigen Fällen nur vorge-schoben. Der Mittelstand wird darunter leiden, weil er vor dem Hintergrund des weiterhin zunehmenden Arbeitskräftemangels nun im Wettbewerb steht mit bei Großunternehmen subventionierten Ar-

beitsplätzen. Dabei müssten Großunternehmen und mittelständische Unternehmen politisch gleichbehandelt werden.

Wo wird derzeit Ihre Expertise am dringlichsten nachgefragt, wo sehen Sie zugleich eine besondere Notwendigkeit, noch mehr Ihrer Erkenntnisse platzieren zu können?

Wir brauchen mehr Wissen über eine effiziente Transformation in Richtung einer CO₂-freien Wirtschaft. Dann die Frage, was ein schrumpfendes Angebot von Arbeitskräften für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft allgemein bedeutet. Also nicht nur die Implikationen für die Sozialsysteme, die offensichtlich sind, sondern für Wachstum und Wohlstand insgesamt.

Als Senator des BVMW steht Ihnen der deutsche Mittelstand auch besonders nahe. Neben den Plattformen des Verbandes: wo und wie wünschen Sie sich, bei den mittelständischen Unternehmen noch mehr Gehör zu finden zu deren Nutzen?

Manchmal vermisste ich bei Unternehmern und gerade auch mittelständischen Unternehmern das Gefühl für das große Ganze. Man sieht oft den Wald vor lauter Bäumen nicht. Da kann ich, da kann unser Institut helfen, nicht zuletzt durch Vorträge oder intensive Beratung.

Wird Ihrer Meinung nach der Mittelstand seiner großen volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechend in der Politik zur Kenntnis genommen und setzt man dessen Vorstellungen und Notwendigkeit einigermaßen angemessen in den politischen Entscheidungen um?

Ich denke, die deutsche Politik ist insgesamt recht lobbygetrieben und dabei nicht transparent. Das schadet dem Mittelstand, auch wenn er gut organisiert ist. Trotzdem besteht er per Definition aus vielen eher kleineren Unternehmen. Da ist es schwieriger, Interessen durchzusetzen. Ich sehe allerdings hier eher das Problem durch die Großunternehmen erzeugt. Deren Einfluss sollte deutlich kleiner werden. Das Lobbyregister hat da aber leider der Sache eher einen Bärendienst erwiesen. Es weiß Lobbys nicht von unabhängiger Wissenschaft zu unterscheiden. Dabei handelt es sich im Extrem um

VITA

Reint E. Gropp, Jahrgang 1966, ist seit 2014 Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Er ist Associate Fellow des Centre for Economic Policy Research (CEPR) und Berater verschiedener Zentralbanken. Gropp hat Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg und der University of Wisconsin, Madison, studiert. Im Jahr 1994 schloss er dort seine Promotion in Economics ab. Vor seinem Amtsantritt am IWH war er Professor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und hatte dort die Stiftungsprofessur für Sustainable Banking and Finance inne. Zuvor war er in verschiedenen Positionen für den Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie für die Europäische Zentralbank (EZB) tätig, zuletzt als Deputy Head der Financial Research Division.

diametral entgegengesetzte Interessen. Hier das an möglichst neutralen Fakten, dort um das an politischer Beeinflussung für individuelle Vorteile zulasten anderer.

Wie kann man den Mittelstand mehr unterstützen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes im internationalen Vergleich zu erhalten, wieder zu vergrößern?

Man muss administrative Hürden deutlich mehr abbauen, die Digitalisierung im öffentlichen Sektor vorantreiben. Gerade hier hapert es sogar massiv bei Verwaltungsabläufen, die dem Mittelstand nützen könnten. Immerhin gibt es Regeln, die regional aber unterschiedlich umgesetzt werden. Überspitzt und mit einem Augenzwinkern nenne ich es das Leipzig-, das Berlin- und das Halle-Modell. Leipzig mit einer außerordentlich effizienten Verwaltung, die Dinge recht zügig umsetzt. Halle hat ähnliche Regeln, die penibel umgesetzt werden, was viel Zeit braucht und dabei viele Investoren abschreckt. In Berlin hat die Verwaltung andere Probleme als Regeln durchzusetzen. Sowohl in Berlin als auch in Leipzig entwickelt sich viel, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen....

Mögen Sie uns zum Ende des Gesprächs hin noch einige weitere biografische Highlights aus Ihrem Leben nennen?

Da nenne ich drei Höhepunkte von vielen. Ich war erstens Teil des IWF-Teams für Bosnien-Herzegowina direkt nach dem Dayton Abkommen 1995. Man bekommt selten die Gelegenheit, eine Währung neu einzuführen und eine Zentralbank aufzubauen. Darüber hinaus war der IWF zu der Zeit die einzige Institution, die die Kriegsparteien wieder an einen Tisch bekommen hat. Zweitens gehörte ich zum IWF-Team während der Asien Krise 1997. Wir hatten tägliche Briefings mit dem US-Treasury Secretary darüber, wie man mit einer systemischen Finanzkrise umgeht. Und drittens dann die Reform des IWH, unseres Instituts. Das Institut sollte ja eigentlich geschlossen werden. Meine Aufgabe war es, das Institut in fast allen Dimensionen neu aufzustellen als ich 2014 kam. Das ist gelungen und inzwischen ist es bezüglich der Forschung und Analyse in unseren Themenfeldern führend in Deutschland. Zudem haben wir es geschafft, den Osten Deutschlands auf die Landkarte unseres akademischen Faches zu bringen und dabei die umliegenden Universitäten deutlich zu stärken.

Mit all diesen Aktivitäten. Was gehört daneben zu Ihren liebsten Freizeitbeschäftigungen?

Auf jeden Fall Wandern und Skifahren mit den Kindern. Medial bin ich zudem News-Junkie und schätze Hörbücher außerordentlich.

Welchem wirtschaftlichen Phänomen würden Sie gerne noch viel mehr auf den Grund gehen?

Wegen der empirischen Orientierung sind alle unsere Themen immer rückwärtsgewandt, da es über die Zukunft keine tragfähigen Daten gibt. Ich selbst betreibe inzwischen nur noch sehr wenig direkte Forschung. An meinem gegenwärtigen Job liebe ich eher die Kombination von strategischer Forschungsplanung, Wissensmanagement, Personalmanagement und Öffentlichkeitsarbeit. Ich kann mir fast keinen attraktiveren Job vorstellen.

Ich danke Ihnen sehr für das interessante Gespräch.



Blick in den Innenhof des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (Saale).



Das Gespräch führte der Medienexperte Prof. Dr. Jo Groebel



Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Rechtsform: gemeinnütziger Verein

Gründung: 1. Januar 1992

Sitz: Halle (Sachsen-Anhalt)

Präsident: Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Geschäftsführer: Dr. Tankred Schuhmann

Mitarbeitende: 105 (davon Wissenschaftler: 71)

Branche: Bildung und Forschung

Webseite: www.iwh-halle.de